

# „Wir machen das. Wer sonst?“

Interview mit dem dbb Bundesvorsitzenden, Peter Heesen, und dem 1. Vorsitzenden der dbb tarifunion, Frank Stöhr, zur Einkommensrunde 2011:

**dbb spezial:** Ihre Forderungen treffen auf einen Arbeitgeber, der einen hohen Schuldenstand aufweist. Hat das bei Ihrer Forderungsfindung keine Rolle gespielt?

**Heesen:** Die Forderungsfindung in unseren Gremien findet jedes Mal im Spannungsfeld völlig unterschiedlicher Faktoren statt. Dass wir die Haushaltslage des jeweiligen Arbeitgebers im Hinterkopf haben, wenn wir unsere Forderung diskutieren, davon können Sie ausgehen. Allerdings hilft eine nackte Zahl, die den Schuldenstand der TdL-Mitgliedsländer beziffert, wenig.

Außerdem stellen wir fest, dass die Steuereinnahmen der Länder in der ersten Hälfte des Jahres 2010 gestiegen sind, während die Ausgaben im gleichen Zeitraum spürbar gesunken sind. Mit hoher Wahrscheinlichkeit setzt sich dieser Trend in 2011 fort. Deshalb gibt es keinen Grund, im Öffentlichen Dienst kleinere Brötchen zu backen als in der Privatwirtschaft. Weiterhin stellt sich die Frage, wer diesen Schuldenstand zu verantworten hat. Die Polizisten, Lehrkräfte, Straßenwärter und Krankenschwestern ganz gewiss nicht.

**Stöhr:** Ein anderer Parameter, der sichtbar werden lässt, dass unsere Forderungen nicht überzogen sind, ist der europäische Vergleich. Während die Bruttoeinkommen innerhalb der EU während der letzten zehn Jahre durchschnittlich um 35,5 Prozent gestiegen sind, bildet Deutschland mit einem Wachstum von nur 21,8 Prozent das traurige Schlusslicht. Wohl auch deshalb hat Bundesarbeitsministerin von der Leyen kürzlich das „Ende der Lohnzurückhaltung“ ausgerufen. Sie wird dabei auch daran gedacht haben, dass die Wirtschaft in Deutschland wieder brummt. Deshalb sind auch die Abschlüsse in anderen Branchen wieder deutlich erfreulicher als in den letzten Jahren. Es ist doch verständlich, dass wir Anschluss an diese Entwicklung in den anderen Branchen halten wollen.

**dbb spezial:** Das sieht TdL-Chef Möllring ganz anders und hat bereits angekün-

digt, ein Abschluss in der Einkommensrunde 2011, der über ein Prozent hinaus gehe, müsse mit Personalstreichungen kompensiert werden. Kann das gewollt sein?

**Heesen:** Als ob das so funktionieren würde. Möllrings Aussage entstammt dem Drehbuch für tarifliches Vorgeplänkel. Jeder Arbeitgeber, egal ob im Öffentlichen Dienst oder der Privatwirtschaft, hat sie im Repertoire. Das hat uns aber auch in der Vergangenheit nicht daran gehindert, genauso selbst- wie verantwortungsbewusst unsere Forderungen für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes zu stellen. Unklar ist nur, wie lange ein öffentlicher Arbeitgeber die Keule des Arbeitsplatzabbaus noch schwingen will. Dieser Angstmacher hat bereits sehr an Wirkung verloren. Durch die Stellenstreichungen der letzten Jahre ist der Öffentliche Dienst mit seiner knappen Personaldecke an den Rand der Belastbarkeit gekommen. Wer jetzt weiteren Einsparungen das Wort spricht, verantwortet es, wenn die geforderten Leistungen bei Bereichen wie Bildung oder Sicherheit nicht mehr erbracht werden können.

**dbb spezial:** Gleichwohl wird der Öffentliche Dienst mit seinen Forderungen stets besonders kritisch beäugt. Glauben Sie, dass Ihre Forderung in der Öffentlichkeit Akzeptanz findet?

**Heesen:** Ja, davon gehe ich aus. Ende Oktober dieses Jahres hat forsa die Ergebnisse der „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2010“ vorgestellt. Fazit: Das Ansehen unserer Kolleginnen und Kollegen in der Bevölkerung ist hoch und wächst weiter. Zuverlässigkeit und Kompetenz sind gefragt und damit können wir im Öffentlichen Dienst dienen. Sie werden nicht überrascht sein, dass Banker und Manager im Ansehen der Bürger hintere Plätze belegen. Hier ist Häme fehl am Platz. Aber im Vergleich zu den guten Werten für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes wird deutlich, dass sich das Bild des Öffentlichen Dienstes wandelt. Aus dem oftmals mehr gelittenen als akzeptierten „Apparat“ ist ein Dienstleister geworden, auf den sich die Bürger in Zeiten von Wandel und Krise verlassen wollen und

können. Dass das kostet, ist jedem klar. Aber würden Sie nicht auch lieber in das Personal investieren, das Sie pflegt, bildet oder beschützt, statt in marode Banken?

**dbb spezial:** Sie sehen die Bevölkerung also hinter sich. Wichtig wird aber auch sein, ob die erhobenen Forderungen mobilisierungsfähig sind.

**Stöhr:** Zunächst sollten die Sachargumente im Vordergrund stehen. Da sind wir gut aufgestellt. Außerdem sind die Kolleginnen und Kollegen mit sehr guten Leistungen seit dem letzten TdL-Abschluss im Jahre 2009 erneut in Vorleistung getreten. Deshalb werden sie auch mobilisierungsfähig sein, sollte es dazu kommen, dass die TdL nicht ergebnisorientiert verhandelt.

Wir haben eben von den Parametern für unsere Forderungsfindung gesprochen. Die Durchsetzbarkeit und Aktionsfähigkeit sind selbstverständlich ebenfalls Parameter. Hier haben wir von unseren Fachgewerkschaften positive Signale erhalten, egal ob von der Polizei, den Lehrkräften, den Krankenschwestern, den Kolleginnen und Kollegen bei der Steuer oder aus den Straßenmeistereien. Die Tonlage der Beschäftigten ist nicht aggressiv, wohl aber selbstbewusst. Das gilt übrigens für beide Statusgruppen. Die erhobene Forderung wird auch in dieser Einkommensrunde von Beamten und Arbeitnehmern getragen. Beide Gruppen leisten sehr gute Arbeit. Es gibt keinen Grund, am Ergebnis für die eine Gruppe bei der anderen Gruppe Abstriche zu



machen. Über die letzten Jahre ist hier bei uns, bei unseren Fachgewerkschaften und Mitgliedern das Selbstverständnis entstanden, dass wir unsere Ziele nur gemeinsam erreichen können. Unserem Bekenntnis zum Berufsbeamtentum tut dies übrigens keinen Abbruch.

**dbb spezial:** Denken Sie, diese Solidarität zwischen den Statusgruppen hält, wenn, wie zum Beispiel im Saarland, eine Nullrunde für Beamte und Versorgungsempfänger für das Jahr 2011 bereits beschlossen wurde, die Tarifkollegen dort jedoch eventuell in der Einkommensrunde ein Lohnplus erzielen?

**Heesen:** Was die saarländische Regierung da gemacht hat, schadet weniger der Solidarität zwischen den Statusgruppen und unseren Mitgliedern, sondern dem Öffentlichen Dienst im Saarland. Ich weiß von Artur Folz, unserem Landesbundsvorsitzenden im Saarland, dass auch die Beamten dort bereit sind, für ihre Interessen zu streiten. Sie wissen, dass das in Potsdam erzielte Tarifergebnis die Bezugsgröße sein wird, mit der – sollte es Unterschiede in der Bezahlung zu den Beamten geben – die Größe des Unrechts gegenüber den Beamten bemessen wird. Das Potsdamer Ergebnis wird den Druck auf die Saarbrücker Landesregierung – und jede andere Landesregierung, die ähnliches vorhat – enorm erhöhen. Ich halte es deshalb für möglich, dass das Saarland – und eventuell noch einige andere Länder – schon in der Einkommensrunde darauf abzielen, den Abschluss

oder Teile davon nicht oder nicht in vollem Umfang mittragen zu müssen. Das werden wir jedoch nicht mitmachen. Konkret zu Ihrer Frage: Gerade diese Überlegungen zeigen, dass wir dringend Geschlossenheit brauchen. Ich mache mir keine Sorgen, dass unsere Mitglieder das nicht genau wissen.

**dbb spezial:** Wissen die Mitglieder auch, warum die Entgeltordnung, die noch immer nicht geregelt ist, in der Einkommensrunde nicht die Hauptrolle spielt?

**Stöhr:** Ein modernes Tarifrecht für den Öffentlichen Dienst, also auch für den Länderbereich, war und ist unbedingtes Ziel des dbb. Es ist unverzichtbarer Bestandteil eines modernen Eingruppierungsrechts. Wenn aber das Adjektiv „modern“ nicht nur ein Etikett sein soll, hinter dem sich „billig“ verbirgt, braucht es intensive Verhandlungen. Was die Beschäftigten vor allem benötigen, ist ein gerechtes und handwerklich sauber ausgearbeitetes Eingruppierungsrecht. Das braucht Zeit. Mit Neben- oder Hauptrolle hat das also gar nichts zu tun. Dabei sind wir aber auch der Auffassung, dass die Eingruppierung noch ein offener Punkt aus der Neugestaltung des Tarifrechts ist. In einer Einkommensrunde geht es darum, die Teilhabe der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst an der wirtschaftlichen Entwicklung sichergestellt zu wissen. Deshalb bildet die Forderung nach linearer Einkommensverbesserung für uns den Schwerpunkt in der Einkommensrunde 2011. Um im Bild zu bleiben: Wir reden hier nicht von Neben- und Hauptrolle, sondern von zwei verschiedenen Filmen.

**dbb spezial:** In welchem Film ist die Forderung nach Übernahme der Azubis Thema?

**Stöhr:** Die Übernahmeforderung ist zentraler Bestandteil der Einkommensrunde 2011. Der Wind beginnt sich zu drehen und Fachkräftemangel, ein über Jahre verstaubter Begriff, drängt jetzt wieder mit Macht in unser aller Bewusstsein. Das werden die Arbeitgeber im Vorfeld einer Einkommensrunde nicht thematisieren wollen, aber auch ihnen ist längst klar, dass der Kampf um die besten Köpfe härter wird. Wir müssen im Öffentlichen Dienst Bedingungen schaffen, die für junge Menschen attraktiv sind. Eine gute Einkommensentwicklung und eine Übernahme nach der Ausbildung gehören

hier zusammen, denn schon jetzt gibt es Regionen und Berufszweige, wo gut ausgebildete Fachkräfte fehlen. In der Regel handelt es sich bei unseren Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst um solche gut ausgebildeten Fachkräfte.

**dbb spezial:** Damit die erhobenen Forderungen möglichst weitgehend durchgesetzt werden können, wird auch die Kooperation mit ver.di fortgeführt?

**Heesen:** Ja, und zwar ohne dass einer der beiden Partner diese Fortführung auch nur ansatzweise in Frage gestellt hätte. Wer die Ergebnisse der letzten Jahre nimmt, wer die gesteigerte Aktionsfähigkeit während der letzten Einkommensrunden beobachtet hat und wer schließlich die gute Kooperation bei den Verhandlungen, Schlichtung inklusive, erlebt hat, muss für eine Fortführung dieser Kooperation sein. Im dbb stellt dieses Projekt längst niemand mehr in Frage.

**dbb spezial:** Es läuft aber nicht überall reibungsfrei ab.

**Heesen:** Natürlich nicht. Wir haben ja auch den Konkurrenzkampf vor Ort nicht verboten. Und dort wo Konkurrenz ist, gibt es auch Reibungsverluste. Das ist ganz normal. Trotzdem ist das gemeinsame Vorgehen der beste Weg, die Anliegen unserer Kolleginnen und Kollegen kraftvoll durchzusetzen. Dies insbesondere, da weiterhin gilt: Die Angriffe auf den Öffentlichen Dienst, seine Funktionsfähigkeit und natürlich auch auf die Einkommen unserer Kolleginnen und Kollegen, werden in den nächsten Jahren kaum geringer werden. Nehmen Sie die ungebremsten Privatisierungsbestrebungen in vielen Bereichen. Hier brauchen wir schon die gebündelte Kraft und Solidarität aller Beschäftigten und aller Gewerkschaften, um einen Ausverkauf des Öffentlichen Dienstes zu verhindern.

**Stöhr:** Genau an dieser Stelle wollen wir schon im Vorfeld der Einkommensrunde 2011 ansetzen. Wir werden diese Zeit, in der der mediale Fokus in besonderer Weise auf dem Öffentlichen Dienst liegt, dazu nutzen, die vielen Berufsbilder des Öffentlichen Dienstes, die hohe Bedeutung, die deren Arbeit für unsere Gesellschaft hat, und die oftmals enorme Belastung, die die Ausübung dieser Berufe mit sich bringt, offensiv zu thematisieren. Unser Motto: „Wir machen das. Wer sonst?“ ■

